

Herbert Hörz

Erlebte und gestaltete Akademiereform – die Leibniz-Akademie in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts

Rechtfertigung des Vorhabens

Es ist sicher ein wissenschaftliches Wagnis, die Reform der Leibniz-Akademie in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zum Thema zu nehmen. Als Zeitzeuge schildert man eigene Erlebnisse und Erfahrungen. Als Wissenschaftshistoriker hat man ohne Emotionen das Geschehen zu betrachten. Das von der Leibniz-Sozietät in Gang gesetzte Projekt „Akademien im Umbruch“ bietet die Möglichkeit, sich mit den Reformprozessen im Übergang von der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Leibniz-Sozietät „sine ira et studio“ zu befassen. Wichtige Materialien liegen vor. Dazu zählen das Akademie-jahrbuch 1990/91 (Jahrbuch 1994), Dokumente und Kommentare zum verdrängten Jahr 1992 von Horst Klinkmann und Herbert Wöltge (Klinkmann, Wöltge 1999) und die Selbstdarstellung der Leibniz-Sozietät mit der Literatur zu ihrer Entwicklung (Selbstdarstellung 2004). Weitere Ergänzungen sind erforderlich, um diesen komplizierten Prozess durchschauen zu können. Dazu können Selbstbetrachtungen, einschließlich der Selbstkritik, von Akteuren beitragen. Mir geht es darum, Erlebnisse und Gestaltungsvorschläge zur Akademiereform aus der Sicht des Vizepräsidenten für Plenum und Klassen in dieser Zeit und als Akteur in der Leibniz-Sozietät darzulegen. Andere Sichten sind jedoch unbedingt erforderlich, um den abgelaufenen Reformprozess zu verstehen. Es bleiben viele offene Fragen, vor allem die: Was war im Interesse der Wissenschaft und vorhandener geistiger Potenzen an Reformen nötig und was unter gegebenen politischen Verhältnissen realisierbar?

Eine wissenschaftshistorische Rechtfertigung für das Vorhaben ergibt sich aus dem Eintreten des Physikers Hermann von Helmholtz in der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität für die Berufung des Zeithistorikers Heinrich von Treitschke. Im Brief an Treitschke vom 23.02.1873 schrieb Helmholtz zur Situation in der Fakultät: „Dadurch dass eine Reihe von Ministerien nach einander allen selbständigen Charakteren aus dem

Wege gegangen sind, ist eine Majorität heftig raisonnirender aber im Handeln sehr vorsichtiger Leute entstanden, die durch pedantisches Festhalten an einem gewissen wissenschaftlichen Conservatismus jeder frischen natürlichen Regung die Quelle abzuschneiden suchen, und den jungen Leuten die Seele austrocknen.“ (Hörz 1997,439f.) Treitschke sollte erst nicht berufen werden, da er den Vorstellungen von Wissenschaftlichkeit in der Fakultät nicht entsprach. Dazu bemerkte Helmholtz: „Noch vor einem Jahr wollten die leitenden Glieder der Facultät nicht begreifen, dass ein Mann, der nur aus Zeitungsberichten, Regierungsverordnungen, Generalstabsberichten und andern dergleichen nicht vergilbten Quellen seine Weisheit schöpfe, einer Universität nützlich sein könne ... Jetzt werden Sie wahrscheinlich auch von den schroffsten Ihrer ehemaligen Gegner mit gutem Willen aufgenommen werden. Ihre Berufung bedeutet für uns den Bruch mit einem gewissen Geiste von gelehrtem Pedantismus, der hier länger festgesessen hat als an andern deutschen Universitäten.“ (Hörz 1997, 440) Unsere Quellen sind ebenfalls nicht vergilbt und bei weitem nicht vollständig erschlossen. Doch es war eine Zeit grundlegender Umwälzungen, an der die meisten der Anwesenden selbst beteiligt waren. Meine Überlegungen sind deshalb Herausforderungen zur Diskussion.

Die aktuelle Begründung für mein Vorhaben ergibt sich aus dem Anlass. Dieses Kolloquium zum 70. Geburtstag von Horst Klinkmann fordert direkt dazu heraus, den Reformprozess zu betrachten. Er war Präsident der Leibniz-Akademie von 1990 bis 1992 und nach der 1996 erfolgten Gründung der Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät Vorsitzender ihres Kuratoriums, also an vielen Veränderungen beteiligt. Die Würdigung seiner Leistungen ist zugleich Anlass, sich, darüber hinaus, zu Tradition und Erneuerung der Leibniz-Akademie in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zu äußern.

Tradition und Erneuerung

Die Leibniz-Akademie stand in ihrer langen Geschichte stets im Spannungsfeld von Tradition und Erneuerung. 1700 auf Anregung und unter Mitwirkung von Gottfried Wilhelm Leibniz als Brandenburgische Sozietät der Wissenschaften begründet, vollzog sie verschiedene Wandlungen und stellte sich neuen Herausforderungen. Der komplizierte Weg führte über die Preussische und Deutsche Akademie der Wissenschaften, die sich 1972 in Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) umbenannte, bis zur Leibniz-Sozietät e.V. Diese entstand und entwickelte sich in einem Reformprozess in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts. Sie vollzog den Übergang von der

DDR-Staatsakademie im Verbund von Gelehrten-gesellschaft und Forschungsgemeinschaft mit umfangreichen personellen, materiellen und finanziellen Kapazitäten (Scheler 2000) zu einer unabhängigen interdisziplinären Vereinigung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Ost und West, aus dem In- und Ausland, die sich wissenschaftlich autonom ihre Aufgaben stellt, pluralistisch zusammengesetzt ist und der Förderung der Wissenschaften sowie der öffentlichen Aufklärung über ihre Erkenntnisse verpflichtet ist. Ihre Mitglieder werden nach akademischen Kriterien geheim gewählt. Ihre Veranstaltungen sind öffentlich. (Selbstdarstellung 2004) Die Leibniz-Sozietät steht so zum einen in der mehr als 300jährigen Tradition der Leibniz-Akademie durch die Funktions- und Mitgliedernachfolge und nutzt zum anderen ihre interdisziplinären Potenzen, um neuen Anforderungen an eine Wissenschaftsakademie in unserer Zeit gerecht zu werden.

Nach 1992 bot die Leibniz-Sozietät vor allem den Mitgliedern der Gelehrtensozietät der AdW eine wissenschaftliche Heimat, die die akademische Arbeit in Berlin fortsetzen wollten. Dann erweiterte sie durch Zuwahlen ihr personelles und wissenschaftliches Spektrum, um sich von innen heraus prinzipiell zu verändern. Diese für eine Wissenschaftsakademie in unserer Zeit notwendige Erneuerung ist gelungen. Im Bericht an den Leibniztag 2004 heißt es dazu: „Die bisher im Vordergrund stehende Aufarbeitung der Vergangenheit unserer Sozietät ist im wesentlichen abgeschlossen. Sie wird uns weiter als wissenschaftliche Aufgabe im Interesse der Behandlung akademie- und wissenschaftshistorischer Themen beschäftigen. Doch wir müssen einen Wandel im Denken vollziehen, der uns wegführt vom alleinigen Image der Sozietät als Heimat der nach der ‚Wende‘ heimatlosen Akademiker. Sie hat ein historisch wichtiges Werk vollbracht, steht jedoch nun vor neuen Herausforderungen. Viele neue Mitglieder, vor allem aus Westdeutschland und dem Ausland, kennen die Geschichte nicht und interessieren sich berechtigt mehr für die vor uns stehenden Aufgaben. Deshalb geht unser Blick vor allem nach vorn, ohne unsere Geschichte und Tradition zu vergessen.“ (Bericht 2004)

Es ist sicher schwierig, politische Rahmenbedingungen, strategische Überlegungen und Abläufe des Umbruchs der AdW nach 1990 zu charakterisieren. Das Wirken von Persönlichkeiten in wichtigen Ämtern während bestimmter Umbruchzeiten ist meist umstritten. Die Einschätzung der Ziele und Ergebnisse hängt in unserem Fall davon ab, ob die Bewertung durch konservative, reformerische oder strukturzerstörerische Kräfte erfolgt. Konservativ war die Erwartung, das Bisherige vollständig erhalten zu können. Sie erfüllte sich nicht. Dem standen umfangreiche Forderungen nach notwendigen Re-

formen entgegen. Sie waren berechtigt, doch leider nicht durch Selbstbestimmung und Selbstorganisation der AdW allein zu verwirklichen, was im Interesse der Wissenschaft und der leistungsfähigen und -willigen Mitglieder und Mitarbeiter der AdW gewesen wäre. Dem widersprachen die zwar kritisierten, doch nicht zur Disposition stehenden Wissenschaftsstrukturen der alten BRD. Zugleich ermutigten die politischen Rahmenbedingungen und das Ende der DDR diejenigen, die meinten, alles, was mit der DDR verbunden sei, wäre zu beseitigen. Nicht jeder, der 1990 berechtigt Reformen verlangte und dazu das Aufbrechen bisheriger Akademiestruckturen forderte, hatte im Blick, dass das unter den politischen Umständen als Votum zur Auflösung der Einheit von Institutsverband und der Gelehrtenengesellschaft durch die entsprechenden Entscheidungsgremien gewertet werden konnte, womit er seine bisherige Existenzgrundlage als Akademiemitglied oder -mitarbeiter selbst in Frage stellte. Es sind so die Folgen früherer Entscheidungen mit zu bedenken, wenn man den Versuch unternimmt, den Übergang von der Gelehrtensozietät der AdW zur Leibniz-Sozietät und deren Entwicklung in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zu betrachten. Den Reformweg zwischen vollem Erhalt und Auflösung der AdW zu finden und zu gehen war eine schwierige Aufgabe für alle damaligen Gremien und Personen, einschließlich des Präsidiums.

Erneuerungen der AdW forderten und erzwangen viele Akteure. Es gab Initiativen von Mitarbeitern und Leitern. Bewegungen von unten und oben, konstruktive und destruktive Aktivitäten. Durch die Umstände erzwungen wirkten verschiedene Kräfte auf das Geschehen ein und die Resultate aus ihnen entspricht sicher nicht den Erwartungen der konstruktiven Reformer. Es sind verschiedene Phasen des Reformprozesses zu betrachten. Er begann in der Zeit, als das Präsidium noch unter der Leitung von Werner Scheler stand. Stabilisierend wirkte in der Umbruchphase bis zur Wahl des neuen Präsidenten im Mai 1990 der „Runde Tisch der AdW“. Danach versuchte die neue Akademieleitung begonnene Reformen fortzusetzen und den Reformerwartungen, soweit möglich, zu entsprechen. Repressionen und Restriktionen waren zu beseitigen, Kreativitätshemmnisse abzubauen, effektivitätsfördernde Strukturen zu entwickeln. Das geschah unter bestimmten politischen Rahmenbedingungen, die in den strategischen Überlegungen zu berücksichtigen waren. Als die DDR-Bevölkerung im März 1990 in der Mehrheit konservativ im Sinne der BRD wählte, die Währungsunion vollzogen wurde und die Volkammer den Beitritt der DDR zur BRD beschloss, hatte das Auswirkungen auf alle Kräftegruppierungen in der AdW. Es verstärkte sich die Forderung nach Einordnung der AdW in die gesamtdeutsche Wissenschaft. Das

Spektrum von Meinungen zu ihrer Erfüllung reichte von der vollständigen Übernahme der AdW oder notwendigen Verschlinkungen mit dem Erhalt des Verbunds von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft, über die Trennung beider, doch verbunden mit dem Aufbau von Forschungsgesellschaften, bis zur Auflösung des einen oder des anderen Teils oder beider.

Ich beginne mit den Reformbestrebungen, die zeigen, dass auch beim Weiterbestehen der DDR umfassende Erneuerungen der AdW erforderlich gewesen wären. Als Ausdruck der vor allem von Mitarbeiterinitiativen und dem „Runden Tisch“ geforderten Demokratisierung ist die Präsidiumswahl zu betrachten. Die neue AdW-Leitung hatte sich der Frage zu stellen, wie das Verhältnis von Forschungsgemeinschaft und Gelehrtenengesellschaft zu gestalten ist und wie sie die akademische Tradition unter neuen Bedingungen fortführen werde, wobei die im Einigungsvertrag vorgesehene landesrechtliche Regelung für die Gelehrtensozietät zu beachten und auf sie einzuwirken war. Als das Fortführungsgebot des Einigungsvertrags durch den Berliner Senat missachtet wurde, war die Leibniz-Akademie in privatrechtlicher Form als Leibniz-Sozietät zu organisieren, was ebenso zu behandeln ist, wie die erreichten Ergebnisse des Reformprozesses.

Reformbestrebungen

Zur Investitur als Präsident der AdW auf dem Leibniztag 1990 sprach Horst Klinkmann von der Verantwortung der Akademiemitglieder und Direktoren, leistungswilligen und -fähigen Wissenschaftlern die Chance zu geben, sich unter vergleichbaren Bedingungen beweisen zu können und erklärte: „Der nicht immer frei von Schmerzen, aber so notwendig geführte Legitimationsprozess für alle Leitungsebenen war der erste Schritt, und der zweite, sehr rasch notwendige Maßnahmen zur inneren Reformierung der Akademie zu einer in ihrer Gesamtheit der internationalen und deutschen Wissenschaftslandschaft angepaßten Forschungseinrichtung.“ (Jahrbuch, 80) Er betonte, die Akademie habe „Originäres und Bewahrendes“ einzubringen und wandte sich dagegen, „daß kleinkarierte persönliche Haßfehden zwischen einzelnen an die Stelle wissenschaftlicher Auseinandersetzung treten.“ (Jahrbuch, 81)

Mitarbeiterinitiativen, Direktoren und Akademiemitglieder forderten Reformen seit Ende 1989. Es gab viele, oft nebeneinander herlaufende, Aktivitäten, wie das in dieser Zeit des Umbruchs nicht anders zu erwarten war. Die Kritik vieler Reformer richtete sich vor allem gegen das Präsidium, das nicht schnell genug reagiere. Die nachträgliche Sicht zeigt, dass manche Offerte nicht zur Kenntnis genommen wurde. Im Offenen Brief des Präsidiums der

AdW an die Mitarbeiter und Mitglieder vom November 1989 werden Veränderungen in der Akademie angekündigt. Eine erneuerte Akademie, die für die Freiheit der Wissenschaft eintritt, wird in einer erneuerten DDR gefordert. (Jahrbuch, 188f.) Eine Arbeitsgruppe des Präsidiums legte am 15.1.1990 eine Ausarbeitung „Zur Neugestaltung der Akademie der Wissenschaften der DDR“ (Jahrbuch, 206ff.) vor. Am 17.1. 1990 tagte der Rat der Institutsvertreter der Initiativgruppe Wissenschaft zur „Wissenschaftsstrategie der DDR“ und befasste sich mit dem Verhältnis von Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Ein neues Statut wurde erarbeitet, Demokratisierung gefordert, die wissenschaftliche Arbeit weiter fortgesetzt, das Verhältnis von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft besprochen.

Über solche Entwicklungen in der AdW informierte Präsident Werner Scheler am 22.2.1990 den Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Heinz A. Staab, der Unterstützung zusagte und den Eindruck vermeiden wollte, etwas aufzudrängen oder der Akademie etwas wegzunehmen. (Jahrbuch, 229) Das war der Tenor weiterer Gespräche mit Vertretern wissenschaftlicher Einrichtungen der BRD. Sie schienen Wert auf die Feststellung zu legen, keine Einmischung in die Angelegenheiten der AdW vornehmen zu wollen, doch dort zu helfen, wo es wichtig sei. Es gab Verständnis für die Probleme und noch keineswegs den Druck, die AdW um jeden Preis den Wissenschaftsstrukturen der BRD unterzuordnen. Der politische Wille dazu hat sich erst später herausgebildet. Gründe dafür sind sicher der Ausgang der Märzwahl und das Streben vieler DDR-Bürger, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu erhalten, ohne mögliche negative Folgen, wie Arbeitslosigkeit, zu bedenken. Wissenschaftler wollten bisherigen Repressionen und Restriktionen entgegen, mit modernen Geräten forschen und internationale Kontakte pflegen. So gab es ein relativ geringes Protestpotential innerhalb und außerhalb der AdW gegen eine notwendige Umstrukturierung, die sich später als Auflösung erwies.

Der Reformprozess war Anfang 1990 richtig in Gang gekommen. Am 20.2.1990 stellte die Initiativgruppe Wissenschaft fest, dass die AdW dabei ist, „durch Reformen zu einer effektiveren Arbeitsweise zu finden“ und die Möglichkeiten nutze, „die sich aus der demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft ergeben“ (Jahrbuch, 231). Am 20.3.1990 übergab der Vorsitzende des „Runden Tisches“ der AdW, dem Vertreter des Plenums, des Präsidiums, der Wissenschaftsgebiete und der Mitarbeitervertretungen angehörten, der Rechtsphilosoph und -historiker Hermann Klenner, den Entwurf eines neuen Status an Mitglieder und Mitarbeiter der AdW zur Diskussion. Es sollte auf

einer Urabstimmung oder im Konsilium im Mai verabschiedet werden. (Jahrbuch, 241) Es sah, im Unterschied zu bisherigen Statuten, nach denen der Präsident durch die Mitglieder im Plenum gewählt wurde, für die Wahl des Präsidenten ein Konsilium vor, das sich paritätisch aus Vertretern des Plenums, des Wissenschaftlichen Rats der Forschungsgemeinschaft und der Mitarbeitervertretungen zusammensetzt. Eine Bestätigung dieses Statuts durch die Regierung lag nicht vor. Es war jedoch Ausdruck der von vielen Mitarbeitern und Mitgliedern der AdW geforderten Demokratisierung. Beratungen und Beschlüsse des „Runden Tisches“ entsprachen in diesem und in den anderen Fällen dem Willen vieler Reformen.

Der Reformprozess orientierte sich auf zwei Aspekte: Erstens ging es um Demokratisierung. Das betraf die Wahl von Leitungen, das Mitspracherecht der Mitarbeiter bei Entscheidungen, die Arbeit des "Runden Tisches" und die verschiedenen Arbeits- und Initiativgruppen, die sich an der Diskussion um Statut und Strategie beteiligten. Zweitens sollte die Rolle der Akademie in der Wissenschaftslandschaft des gesamten Deutschland geklärt werden. Mehrheitlich wurde die Einheit von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft betont, auch am „Runden Tisch“. Wenige verlangten die Auflösung der Akademie oder der Gelehrtensozietät, obwohl es solche Stimmen gab. Die Reformprozesse sollten eine bessere Einordnung in die internationale Wissenschaft und eine effektivere Forschungsarbeit ermöglichen. Es wurde die Rolle der Akademie als interdisziplinäres Zentrum mit Initiativfunktion für die Entwicklung der Wissenschaften betont.

Die Diskussionen gingen zu Beginn des Jahres 1990 darum, Reformen zu befördern, die der Autonomie der Wissenschaft und der effektiven Arbeit angemessen waren, wobei die Rolle der Akademie in einer erneuerten DDR wichtig war. Das sahen auch manche Politiker so. Nach der Wahl gratulierte der Stadtrat für Wissenschaft und Forschung Dr. Ottmar Kny im Namen des Magistrats von Berlin dem Vizepräsidenten für Plenum und Klassen und schrieb: „Ich verbinde damit die Hoffnung auf erfolgreiche Zusammenarbeit zur Erfüllung des demokratischen Auftrags der Forschungs- und Technologiepolitik zur Schonung der Ressourcen und der Umwelt, zur Verbesserung der Lebensbedingungen, zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Vertiefung des menschlichen Wissens in Berlin.“ (Kny) In der Antwort heißt es mit Hinweis auf den „für unsere Akademie und damit auch für die Gelehrtensozietät und ihre Mitglieder nicht unkomplizierten Entwicklungsabschnitt“: „Die Akademie der Wissenschaften wird sich, ihrem traditionellen Auftrag der Förderung von Kreativität und der Einheit von Theorie und Praxis

verpflichtet, indem sie ihre wissenschaftliche und humanistische Verantwortung wahrnimmt, diesen ja nicht nur auf Berlin begrenzten Herausforderungen zum Wohl der Stadt und ihrer Bürger stellen, dessen bin ich mir gewiß.“ (Hörz 1990) Eine Auflösung der AdW war beim Magistrat offensichtlich nicht im Gespräch. Darauf wurde später gedrängt, als westliche Berater und Entscheider, gestützt auf Ostkritiker, Einfluss auf die mit dem Einigungsvertrag Befassten nahmen, die Trennung von Forschungsgemeinschaft und Gelehrtensozietät vollzogen und die Auflösung der AdW in Gang brachten.

Der Reformdruck war Anfang 1990 groß. Der „Runde Tisch“ verlangte die Lösung drängender Probleme, um eine effektivere Arbeit zu erreichen. Die Akademieleitung versuchte dem gerecht zu werden. Manche Initiativen liefen auch deshalb oft unkoordiniert nebeneinander, weil die rasante politische Entwicklung keine Zeit für umfassende programmatische Überlegungen und deren Abstimmung ließ. Existenzangst machte sich breit, die Kritik an scheinbaren und wirklichen Reformunwilligen wuchs. Doch war das gemeinsame Streben vieler Reformkräfte spürbar, eine für die Wissenschaft förderliche, sozial verträgliche und politisch tragbare Lösung zu finden, die zwar Repressionen zurücknahm und Restriktionen abbaute, doch die AdW, reduziert auf Forschungsaufgaben und Leistungsträger, in die gesamtdeutsche Wissenschaft einordnen sollte.

Bald setzte eine Kampagne in den Medien gegen die AdW ein. Der Musikwissenschaftler Georg Knepler schrieb dazu am 1.8.1990 an den „Spiegel“: „Gehässige Bemerkungen in richtigen Darstellungen, Halbwahrheiten, unbeweisbare Beobachtungen in Ihrem Artikel über die DDR-Akademie der Wissenschaft in Ihrem Heft 30/1990 machen es schwer zu glauben, er solle dem dienen, worauf es ja wohl ankommt: dem Wohl der gesamtdeutschen Wissenschaft.“ (Knepler) Er wies die Bemerkung zurück, die BRD solle den DDR-Gelehrten finanziell aus der Klemme helfen, da selbst unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten, die nicht die einzigen für die Wissenschaft sein könnten, die DDR-Wissenschaft manches zu bieten habe. Zu Prof. Zacher, dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, bemerkte er, falls dieser wirklich meine, dass die Geistes- und Sozialwissenschaften der DDR eine Wüste seien, dann wisse er nicht, wovon er spreche. Knepler betonte: „Glücklicherweise gibt es in der BRD Wissenschaftler – übrigens auch Zeitschriften –, die ein ernstes Problem, das, wie kein Mensch leugnen wird, die Neuorganisation der Wissenschaft in der DDR bildet, auch als ein ernstes, beide Seiten gleichermaßen tangierendes Problem behandeln.“ (Knepler)

Dieses ernste Problem wurde mit der Evaluierung angegangen. Später hörte man vom Staunen mancher Evaluierer über vorhandene Leistungen und kreative Potenzen. Sie waren ihrer durch die Medien instrumentalisierten negativen Meinung über die DDR-Akademie erst einmal erlegen. Doch die Korrektur war schwer. Inzwischen vorgesehene Maßnahmen, um die Struktur der BRD-Wissenschaft auf die DDR zu übertragen und keine außeruniversitäre DDR-Forschungseinrichtung zu erhalten, wurden, unabhängig vom so nicht erwarteten Ausgang der Evaluierung, durchgeführt. Das damalige Mitglied des Wissenschaftsrats, Leiter von Evaluierungsgruppen für die AdW-Geisteswissenschaften und Festredner unseres Leibniztages 2001, Jürgen Mittelstraß aus Konstanz, forderte 2002 deshalb eine symbolische Wiedergutmachung für die Akademieangehörigen, die, „obgleich von bewiesener und bestätigter wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit, freigestellt, unzureichend weiterfinanziert und schließlich doch fallengelassen wurden.“ Er schlug eine Arbeitsgruppe vor, „die der Entwicklung in den letzten 10 Jahren noch einmal genauer, insbesondere im Blick auf eingetretene ‚Verluste‘ und unbeabsichtigte Folgen nachgeht.“ (Mittelstraß) Doch das geschah nicht.

Wahl des Präsidiums

Eine wichtige Rolle bei der Demokratisierung der AdW spielte die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten. Am 30.3.1990 hatte der „Runde Tisch“ Beschlüsse dazu gefasst. Unter dem Vorsitz von Heinz David befasste sich eine Wahlkommission mit der Wahlordnung. Vorschläge aus den Klassen gab es viele. Auf einer Zusammenstellung vom 12.4.1990 lese ich 8 Namen für den Präsidenten, 11 für den Vizepräsidenten für Plenum und Klassen und 6 für den Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft. Doch nicht jeder der Vorgeschlagenen war bereit, sich zur Wahl zu stellen. H. Hörz wurde in geheimer Wahl am 19.4.1990 durch das Plenum als Vizepräsident für Plenum und Klassen aus einer Liste mit mehreren Kandidaten gewählt. Die Wahl des Präsidenten, Heinz Bielka hatte sich bereit erklärt, zu kandidieren, und des Vorsitzenden des Vorstands der Forschungsgemeinschaft als Vizepräsident, sollte auf dem Konsilium erfolgen. Nach einer Sitzung des „Runden Tisches“ rief mich der Vorsitzende Hermann Klenner an, um mir mitzuteilen, ich hätte als gewählter Vizepräsident die Aufgabe, mehr Kandidaten für das Amt des Präsidenten zu gewinnen, da der „Runde Tisch“ nicht zustimmen würde, wenn sich nur Heinz Bielka zur Wahl stellen würde.

In seinem Rückblick stellte Hermann Klenner fest: „Die mit Abstand problemgeladene und zeitaufwendigste Beratung und Beschlußfassung aber

war naturgemäß dem Grundkonzept für die Neuprofilierung und Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften sowie der einem auszuarbeitenden und demokratisch legitimierten Akademiestatut gemäßen Wahl der akademischen Entscheidungsinstanzen gewidmet.“ Der Wahl des Akademiepräsidenten „waren Hearings vorausgegangen, um die grundsätzlich als Auswahl unter mehreren Kandidaten gestaltete geheime Wahl demokratischen Gepflogenheiten gemäß vorzubereiten.“ (Jahrbuch, 559)

Von der Initiativgruppe Wissenschaft der AdW wurde Manfred Peschel als Kandidat benannt. Er war, wie er mir versicherte, dazu bereit. Ich sprach mit Karl-Heinz Lohs und Joachim Herrmann, die der Kandidatur zustimmten. Außerdem wurde mir der Vorschlag von Mitarbeitern gemacht, den bekannten Mediziner Horst Klinkmann aus Rostock zu bitten, sich als Kandidat der Wahl zum Präsidenten zu stellen. Wir hatten uns schon früher kennen gelernt und über Philosophie und Medizin diskutiert. Nach telefonischer Vorabgesprache verabredeten wir uns in Berlin, um über seine Kandidatur zu sprechen. Er hatte Bedenken, da er nicht als Mitarbeiter der Akademie wirkte, sondern von der Universität kam. Da ich seit 1972 an der Akademie arbeitete, Interna durch meine Gewerkschaftsfunktionen und als Mitglied des Präsidiums Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre kannte, seit Dezember 1989 als Vizepräsident für die Gelehrtensozietät amtierte, sagte ich ihm, dass er, wie jeder andere Präsident, bei seiner Wahl meine Unterstützung für die inneren Angelegenheiten der AdW hätte, diese jedoch nach außen zu repräsentieren habe. Klinkmann hatte umfangreiche internationale Erfahrungen, gute Kontakte zu vielen Mitgliedern und Mitarbeitern der AdW, war selbst Akademiemitglied und ein international anerkannter Nephrologe, der sich besonders mit künstlichem Organersatz befasste. Er bat um Bedenkzeit. Am 7.5.1990 teilte er mir schriftlich seine Bereitschaft zur Kandidatur mit.

Am 17.5.1990 fand die öffentliche Anhörung der Kandidaten für das Amt des Präsidenten statt. Horst Klinkmann wurde gewählt. Siegfried Nowak übernahm nach seiner Wahl als Vizepräsident das Amt des Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft. Erste Versuche von Werner Scheler, die Amtsübernahme durch den neuen Präsidenten in Abstimmung mit der Regierung der DDR schnell zu vollziehen, scheiterten. Auf dem Leibniztag am 29.6.1990 wurden Präsident Scheler und seine Vizepräsidenten offiziell abberufen und Minister Terpe übergab dem gewählten Präsidenten Horst Klinkmann und den beiden Vizepräsidenten ihre Urkunden. Der „Runde Tisch“ habe sich selbst überflüssig gemacht, bemerkte nach der Wahl des Präsidenten der Vorsitzende H. Klenner. „Immerhin hatte er dazu beigetragen“ so Klenner in

einem Rückblick, „daß die gesellschaftlich verursachten und individuell oft verständlichen Destruktionspotenzen nicht überhand nahmen und in ein vertretbares Verhältnis zu den dringendsten erforderlichen Konstruktionspotenzen gerückt wurden.“ (Jahrbuch, 560)

Die neue Akademieleitung hatte nun eine Strategie zu entwickeln, wie der Reformprozess weiter zu führen sei. Nachdem die Weichen für die Vereinigung politisch, ökonomisch und monetär gestellt waren, ging es um die Frage, welche Möglichkeiten überhaupt existierten, um Erhaltenswertes der AdW zu retten. Das betraf sowohl die bisherige Struktur der Gesamtakademie in ihrer Einheit von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft als auch die Weiterführung der Gelehrtensozietät. Auf beide Reformlinien ist nun einzugehen.

Zum Verbund von Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft

Eine der wichtigsten Fragen, die in der Diskussion um die Akademiereform immer wieder auftauchte, war die nach der Einheit von Forschungsgemeinschaft und Gelehrtenengesellschaft. Ich halte das heute noch für ein brauchbares Akademiemodell, wenn man die Potenzen einer Akademie ausschöpfen will. Voraussetzung ist eine interdisziplinär zusammengesetzte Gelehrtenengesellschaft mit Vertretern aus allen Wissenschaftsbereichen und -institutionen sowie hervorragenden Wissenschaftlern, die in der Wirtschaft und Gesellschaft tätig sind. Sie können durch die Bewertung bisheriger Erkenntnisse, durch Erfahrungen mit Forschung und Lehre eine Initiativfunktion bei der Erschließung neuer Forschungsfelder und Strukturen ausüben, die in der zugehörigen Forschungsgemeinschaft erprobt und umgesetzt werden. So wäre den Forderungen nach allgemeiner und gerichteter Grundlagen-, nach projekt- und praxisorientierter Forschung zu entsprechen. Es gab jedoch Hemmnisse bei der Realisierung dieses Modells in der AdW. Dazu gehörten festgefahrene Strukturen, wenig Flexibilität bei Umorientierungen, Bürokratie in der Leitung, Zentralinstitute mit großer Mitarbeiterzahl selbst in Bereichen, in denen kleinere Institute wirkungsvollere Arbeit leisten konnten, einen Kündigungsschutz, der zwar positiv den Arbeitsplatz sicherte, doch faktisch die notwendige Flexibilität für neue Aufgaben behinderte.

Dazu eine Anmerkung. Als Vorsitzender der Gewerkschaft Wissenschaft an der AdW Ende der siebziger Jahre suchte ich in Absprache mit anderen Gewerkschaften Regelungen zur möglichen Umsetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der AdW in andere Bereiche zu erreichen. Gedacht war an einen doppelten Nutzen. Einerseits ging es um den in Gang gebrachten

notwendigen Austausch zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, um Grundlagenentwicklungen praktisch zu testen und praktische Anregungen wissenschaftlich weiter zu bearbeiten. Andererseits gab es Menschen, die in einer wissenschaftlichen Einrichtung gelandet waren, deren Talente jedoch auf anderen Gebieten lagen. Da ich davon überzeugt bin, dass es für jedes Individuum eine Tätigkeit gibt, die seinen Fähigkeiten entspricht, war sie zu suchen. Dafür mussten rechtliche und bürokratische Barrieren beseitigt werden, die einer sinnvollen Betätigung in anderen Bereichen im Wege standen. Dieses Problem des richtigen Einsatzes von Menschen ist weiter ungelöst, womit kreative Potenzen verschenkt werden. Die marktwirtschaftliche Lösung, den Kündigungsschutz zu lockern, hielt und halte ich für antihuman.

Im Reformprozess 1990 vertraten alle Gruppen, die Leitungen, Mitarbeitervertretungen, Initiativgruppe Wissenschaft, „Runder Tisch“ und Plenum die Auffassung, den Verbund von Forschungsgemeinschaft und Gelehrtenengesellschaft zu erhalten. Doch die politischen Rahmenbedingungen ließen das m.E. schon nicht mehr zu. Es ist nach meinen Erfahrungen wichtig, rechtzeitig zu erkennen, welche strategischen Möglichkeiten unter konkret-historischen Bedingungen noch realisierbar sind. Als strategische Überlegungen kamen m.E. solche Rückzugspositionen in Frage, die helfen konnten, Teile des Verbunds zu retten. Meinen Vorschlag auf einer Präsidiumssitzung Anfang 1990 den Namen Deutsche Akademie der Wissenschaften wieder anzunehmen, wiesen Diskutanten mit dem Argument zurück, die Märzahlen würden neue Strukturen bringen. Meine Forderung in der Sitzung des Präsidiums mit dem Kabinett Modrow im Januar 1990, Gelehrtenengesellschaft und Forschungsgemeinschaft zu trennen, mit einem eigenen Haushalt zu versehen und die Forschungsgemeinschaft zu einer Helmholtz- und einer Mommsengesellschaft zu strukturieren, wurde gar nicht diskutiert. Das galt auch für die Überlegung mit dem Hinweis auf das Saarland und seine Einordnung in die BRD, uns einige Jahre Zeit zu geben, um die AdW in eine gesamtdeutsche Wissenschaft einzuordnen. Mancher dachte vielleicht damals, es sei der Versuch des für die Gelehrtenengesellschaft verantwortlichen Vizepräsidenten, den Verbund zu zerschlagen. Doch unter den politischen und ökonomischen Bedingungen war ich noch der Auffassung, Teile besser erhalten zu können, da das Ganze auf jeden Fall dem politischen Verdikt unterliegen werde. Selbst die Teile konnten dann nicht gerettet werden. Ob es gelungen wäre, wenn wir schneller das konservative Denken überwunden hätten, das auf den Erhalt des schon nicht mehr zu Erhaltenden gerichtet war, ist schwer zu entscheiden. Ich denke, die vorhandenen Säulen des Wissenschaftsbetriebs der BRD hätten

keine eigenständigen Gesellschaften, aus der AdW kommend, noch neben sich zugelassen. Die Mittel dafür hätten Kürzungen in ihren Etats verlangt, wozu sich nicht bereit gewesen wären.

Zuerst dominierte die Auffassung, den Verbund zu erhalten. Über das Gespräch von Präsident Klinkmann und Vizepräsident Nowak am 15. Juni 1990 mit Ministerpräsident de Maizière ist festgehalten: „Position der Regierung: AdW soll als Forschungsstätte erhalten bleiben; Einheit von angewandter und Grundlagenforschung; angestrebt wird Kompatibilität der Akademie zur Forschungslandschaft der Bundesrepublik: Akademie ist in ihrem Bestand deutlich zu verkleinern.“ (Jahrbuch, 291) Zugleich wurde die Forderung erhoben, ein neues Statut auszuarbeiten, da das alte außer Kraft gesetzt werde. Die designierte Leitung werde als geschäftsführend akzeptiert. Laut Verordnung des Ministerrats der DDR vom 27. Juni 1990 und seinem Beschluß über die weitere Tätigkeit der AdW wurde die AdW als öffentlich-rechtliche Einrichtung anerkannt, ihr gemeinnütziger Charakter und die neue Leitung bestätigt. (Jahrbuch, 302ff.)

Es gab offensichtlich zwei Phasen bei der Neugestaltung einer einheitlichen Wissenschaft in Deutschland unter Einbeziehung der AdW. Den Eindruck vermitteln Protokolle, Zeitzeugen und eigene Erfahrungen. Die erste Phase, die sich in Gesprächen von Präsident Scheler und anderen mit den Spitzen westdeutscher wissenschaftlicher Einrichtungen manifestierte, liefen auf Nichteinmischung, Unterstützung und Erhalt der AdW bei ihrer Effektivierung hinaus. Ein gewisser Spielraum der Selbstbestimmung und Eigenreformierung sollte erhalten bleiben.

Die zweite Phase scheint mit dem Kamingespräch zwischen den Ministern Riesenhuber und Terpe am 3. Juli 1990 zu beginnen. Die AdW vertraten Klinkmann, Bierwisch, Klix, Merkel und Nowak. Zu den Ergebnissen heißt es: „Eine einheitliche Forschungslandschaft für Gesamtdeutschland wird angestrebt. Sie wird eine differenzierte und an den Grundsätzen der Wissenschaftsfreiheit, des föderalen Staatsaufbaus und der sozialen Marktwirtschaft ausgerichtete Struktur mit den Elementen aufweisen, die die Forschungslandschaft der Bundesrepublik heute kennzeichnen.“ (Jahrbuch, 306) Durch den Wissenschaftsrat sollte die Evaluierung der Forschungskapazitäten der DDR erfolgen. Damit war eigentlich schon der Weg vorgezeichnet, den Verbund als DDR-Einrichtung aufzulösen. Auf der Geschäftssitzung am 12.3.1992 erklärte dann Präsident Klinkmann laut Protokoll: „im Zuge der Ausarbeitung des Einigungsvertrages gab es keine Möglichkeiten (weder politische noch ökonomische) einen Verbund Forschungsgemeinschaft/Gelehrtensozietät auf

der Basis des Grundgesetzes zu realisieren; dazu erfolgte aus der Gelehrtensozietät kein Widerspruch.“ (Klinkmann, Wöltge, 72) Woher sollte er kommen? Es war offensichtlich die Resignation derer, die mit Ende 1991, nach dem Ausgang des ausgehandelten Moratoriums für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ihre Stelle verloren hatten, sich neu etablieren mussten oder woanders, entsprechend den Auffangprogrammen, untergekommen waren. Die Forschungsgemeinschaft bestand nicht mehr.

Die Gelehrtengesellschaft von 1990 bis 1992

Die Gelehrtengesellschaft setzte ihre Arbeit fort. (Jahrbuch und Klinkmann, Wöltge) Sie führte ihre Sitzungen in Plenum und Klassen (Klassengruppen) regelmäßig durch, besprach in Geschäftssitzungen die Probleme und suchte nach Lösungen. Präsident, Vizepräsident, Klassensekretare, Vorsitzende der Klassengruppen, die Mitglieder des geschäftsführenden Präsidiums und der zeitweiligen Arbeitsgruppen waren ehrenamtlich tätig. Die Dotation für die Akademiemitglieder gab es nicht mehr. Eine kleine Gruppe von bezahlten Mitarbeitern war geblieben, die initiativreich und zeitaufwendig arbeitete. Politische Diffamierungen, die Beseitigung von DDR-Wissenschaftseinrichtungen, politische Ausgrenzungen, finanzielle Restriktionen erschwerten die Arbeit. Manche resignierten. Die Mehrheit der AdW-Mitglieder vertraute auf die Versprechungen zur Fortführung. Doch schon gab es finanzielle Probleme für Mitglieder, die nicht in Berlin und Umgebung wohnten, die eine Teilnahme erschwerten. Eberhard Poppe schrieb mir, dass er bei seinen Einkommen Aufwendungen reduzieren müsse, darunter Fahrtkosten nach Berlin. Er betonte: „Mir fehlt die monatliche Begegnung mit langjährig vertraut gewordenen Kollegen und ich hoffe sehr, sie bei Besserung der Situation fortführen zu können.“ (Poppe)

Für die Gelehrtensozietät befürworteten die Minister im Kaminesgespräch „die Entwicklung von Plenum und Klassen der DDR zu einer regionalen Gelehrten-Gesellschaft.“ (Jahrbuch, 306) Das bot Präsident Klinkmann, der sich bis zum 3.10.1990 um die Gesamtakademie und nach der Wiedervereinigung um die Gelehrtengesellschaft bis zu der im Einigungsvertrag vorgesehenen landesrechtlichen Regelung zu kümmern hatte, und seinen Mitstreitern, gewisse Möglichkeiten, für den Bestand der Gelehrtensozietät einzutreten. Den rechtlichen Streit um ihre Zukunft hatte er mit der Formulierung im Einigungsvertrag erst einmal gewonnen, da das „ob und wie“ sie weitergeführt werden solle, in das alleinige „wie“ umgewandelt wurde, was viele Akademiemitglieder, gestützt durch Rechtsgutachten, als Fortführungsgebot sahen.

Bis 1992 war davon auszugehen, dass der Einigungsvertrag eingehalten würde. Von der vom Senat eingesetzten Planungsgruppe, an der Präsident Klinkmann beteiligt war, erhofften viele Mitglieder Vorschläge für eine reformierte Akademie im Rahmen der landesrechtlichen Regelung, obwohl sich in manchen Gesprächen schon Skepsis zeigte, ob denn der Senat die Gelehrtensozietät weiterführen wolle. Die Strategie konnte unter diesen Bedingungen von seiten der AdW nur sein: keine Auflösung der Gelehrtensozietät zuzulassen, die Langzeitvorhaben zu sichern, Bestand und Arbeitsfähigkeit von Akademiebibliothek, Kustodie und Archiv zu erhalten, die Übernahme von AdW-Mitgliedern in eine Berliner Akademie durch Evaluierung vorzubereiten und die Feststellung des Vermögens bei der Oberfinanzdirektion Berlin zu erreichen. Das galt auch für den Auftrag, den Präsident Klinkmann in den Gesprächen mit staatlichen Stellen, den Entscheidungsgremien und der Planungsgruppe für die Neukonstituierung einer Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) wahrnahm. Die ersten Punkte wurden realisiert. Die beiden letzten nicht. Damit war das strategische Gesamtkonzept gescheitert. Die durch Staatsvertrag ins Leben gerufene BBAW übernahm Sachwerte und Kompetenzen, doch nicht die Mitglieder, was dem Fortführungsgebot entsprochen hätte. Die Langzeitvorhaben der AdW der DDR sind nun wesentlicher Teil des wissenschaftlichen Renomes der BBAW. Sie erhielt unser Vermögen und war in den letzten Jahren nicht bereit, dem Vorschlag von Senator Flierl zu folgen, der Leibniz-Sozietät eine relativ kleine Summe für ihre Arbeit zu überlassen. Die Oberfinanzdirektion äußerte sich gar nicht mehr.

Über die Arbeit der Planungsgruppe und Wendungen der Wissenschaftspolitik, die eine Übernahme von Mitgliedern der AdW ablehnten, kann nur Präsident Klinkmann Auskunft geben, der über seine Mitwirkung ständig das Plenum informierte. Politische Entscheider umgingen oder ignorierten die Überlegung, dass er die Anwartschaft der AdW-Mitglieder für die zu konstituierende BBAW nach ihrer Evaluierung vertreten solle. Uns bekannt gewordene Festlegungen der Planungsgruppe, so die Einsetzung eines Wahlgremiums, in dem die AdW vertreten sein sollte, wurden nicht eingehalten.

Die Problematik zeigte sich schon vorher in zwei Punkten des Einigungsvertrags, der uns eigentlich die Hoffnung auf Fortführung gab. Die darin enthaltenen Widersprüche nutzten die Zerstörer der AdW voll aus. Einmal war eine landesrechtliche Regelung erforderlich, was Senator Manfred Erhardt so interpretierte, dass er eine neue Akademie konstituieren könne, wobei die alte und ihre Mitglieder aus dem öffentlich-rechtlichen Raum verschwanden. Im

Brief an die Mitglieder der AdW vom 7. Juli 1992 teilte er mit, dass die landesrechtliche Regelung die Neukonstituierung der BBAW durch Staatsvertrag sei, der am 1.8.1992 in Kraft trete, und mit der Beendigung der früheren Gelehrtensozietät erlösche die Mitgliedschaft. (Klinkmann, Wöltge, 163) Zum anderen sah die Anlage des Einigungsvertrags die Aufhebung der genannten Verordnung des Ministerrats vom 27. Juni 1990 über die AdW vor, in der ihr öffentlich-rechtlicher Status festgeschrieben war. Das wurde später, worauf noch einzugehen ist, zur Begründung herangezogen, um die Rechtmäßigkeit des Erlöschens der Mitgliedschaft zu begründen. Dieter E. Zimmer schrieb dazu in „Die Zeit“: „Der letzte Präsident der AdW-Ost, der Rostocker Mediziner Horst Klinkmann, Spezialist für künstliche Organe und ein weltläufiger Mann, der konstruktiv in der Planungsgruppe mitarbeitet, hat durch die Androhung endloser rechtlicher Streitereien der sterbenden AdW der DDR ein letztes symbolisches Offizium erwirkt: Der Staatsvertrag bestreitet ihr nicht mehr ausdrücklich, Nachfolgerin der alten preußischen AdW gewesen zu sein, und erklärt sie nicht ausdrücklich für aufgelöst. So haben die neuen Gebieter auf die letzte Demütigung der Liquidierten verzichtet; auch das eine erfreuliche Kunde.“ (Zimmer)

Erfreulich war das keineswegs für die AdW-Mitglieder. Senator Erhardt rechtfertigte sein Vorgehen in einem Interview für die Wochenpost. Er habe Präsident Klinkmann mitgeteilt, die Gelehrtensozietät habe ihre öffentlich-rechtliche Form verloren und er sei Präsident eines privatrechtlichen Vereins. (Erhardt) Das Wahlgremium, überwiegend westdeutsch, überwiegend männlich, überwiegend konservativ, wie die Wochenpost bemerkte, wollte Erhardt nicht bewerten, doch hätte er sich gefreut, wenn mehr aus dem Osten dabei gewesen wären. Warum forderte er das nicht? Die veränderte Zusammensetzung durch die „Heilige Allianz“, die Säulen westdeutscher außeruniversitärer Einrichtungen, gegen die Klinkmann protestierte, die der Chef der Planungsgruppe Christian Meier beklagte und das Mitglied der Planungsgruppe Uwe Wesel als unfair bezeichnete, sah Erhardt unproblematisch, denn alles sei im Einvernehmen (mit wem?) geschehen. Eine regionale Beschränkung hielt er für falsch. So wurde das Killerargument für die Nicht-Weiterführung der AdW, das für alle deutschen Akademien mit öffentlich-rechtlichem Status geltende föderale Prinzip, nun, da es seinen politischen Dienst gegen die AdW getan hatte, als nicht mehr bindend erklärt.

Die Protestbriefe von AdW-Mitgliedern betrachtete Erhardt im Interview abwertend als „konzertierte Aktion“ und setzte zustimmende Schreiben dagegen, die mit der Entscheidung des Landes einverstanden seien. Die Argumente

protestierender Akademiemitglieder wurden abgetan. Mit Hinweis darauf, dass er sich weiter „als regulär in einer geheimen Abstimmung des Plenums der Akademie gewähltes Mitglied dieses traditionsreichen Gremiums von Wissenschaftlern“ betrachte, charakterisierte der Physiker Karl Alexander den „international einmaligen Vorgang, wenn sich ein Mitglied der Landesregierung für berechtigt hält, entgegen allen Regeln der akademischen Tradition die Mitgliedschaft aller Mitglieder einer Akademie der Wissenschaften für erloschen zu erklären. Ich betrachte das als einen unerträglichen Eingriff in die Autonomie der Wissenschaft, den es in einer auch nur annähernd gleichen Form niemals gegeben hat ...“ Die landesrechtliche Regelung könne wohl nicht darin bestehen, „daß man die Gelehrtensozietät fortführt indem man zunächst alle Gelehrten entfernt.“ (Alexander) Claus Grote begründete, warum er den „Darlegungen zur freien Auswahl der Mitglieder ,ohne Beteiligung staatlicher Instanzen“ nicht folgen könne, denn der „durch politische Entscheidungen verfügte Ausschluß der gesamten Mitgliedschaft“ und das im Staatsvertrag festgelegte Verfahren „wären der massivste staatliche Eingriff in die Akademiemitgliedschaft seit ihrer Gründung im Jahre 1700.“ (Grote) Die Antwort der Senatsverwaltung fiel konsequent vom Standpunkt der Zerstörer und lapidar aus. Der Kernsatz lautete: „Nach dem Willen der Regierungen und der Parlamente der Länder Berlin und Brandenburg wird die Gelehrtensozietät als Landeseinrichtung nicht fortgeführt.“ (Schuller) So zerstoben die Hoffnungen auf das Fortführungsgebot im Einigungsvertrag. Aus dem „wie“ wurde durch Rechtsbruch nicht mehr ein „ob und wie“, sondern ein eindeutiges „ob“ mit negativer Entscheidung. Klagen wurden erwogen, doch nicht erhoben. Es war nicht klar, wie sie bezahlt werden sollten. Das Vermögen der AdW konnte nicht genutzt werden, da seine Feststellung bis dahin verzögert worden war. Nun war es durch Staatsvertrag vergeben.

Von der Gelehrtengesellschaft zur Leibniz-Sozietät

Es blieb damit nur der Weg, den viele Mitglieder der AdW bereit waren, mitzugehen, die Gelehrtensozietät in der Tradition der 1700 gegründeten Sozietät der Wissenschaften auf privatrechtlicher Basis fortzusetzen, um die Verletzung des Einigungsvertrags nicht hinzunehmen, die interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeit fortzusetzen und einen Kontinuitätsbruch der akademischen Tradition nicht zuzulassen, was einer Kulturschande gleichgekommen wäre. Man hatte den Eindruck, dass politisch motivierte Gegner der DDR-Wissenschaftstradition aus Ost und West hofften, durch Druck der Beschlüsse, durch Diffamierungen und Halbwahrheiten in den Massenmedien,

die eine Liquidierung der AdW befürworteten, die Gelehrtensozietät sang- und klanglos verschwinden zu sehen. Doch dem stand der Wille von Akademiemitgliedern entgegen, den begonnenen Reformprozess weiter zu führen und sich der gewollten Auflösung nicht zu beugen. Das zeigte sich nicht nur in den Briefen an den Senator, in denen betont wurde, man lasse sich die Mitgliedschaft nicht durch politische Entscheidungen nehmen. In vielen Gesprächen, die ich als Vizepräsident und Sekretar einer Klasse führte, kam zum Ausdruck, man sei bereit und willens, unter neuen und schwierigen Bedingungen, die akademische Arbeit fortzusetzen.

Da klar war, dass politisch einflussreiche Kräfte eine Fortführung der Gelehrtenengesellschaft nicht planten, war nach anderen Wegen zu suchen. Einer, der nicht gegangen wurde, hätte in Einzel- oder Gruppenaktivitäten von Mitgliedern bestanden, einen Rechtsstreit um die Mitgliedschaft zu beginnen. In einem Interview mit Herbert Wöltge am 16.12.1996 stellte ich fest: „Generell ist der Versuch gescheitert, einen fairen Kompromiß für die Gelehrtensozietät der Akademie zu erreichen, der sowohl der Entwicklung der Wissenschaften entsprach, die Kontinuität der Gelehrtensozietät von der Leibniz-Akademie über die Preußische Akademie und die Deutsche Akademie der Wissenschaften gesichert hätte und die Leistungen der Akademiemitglieder zum Ausdruck brachte. Gescheitert sowohl durch politische Entscheidungen gegen Institutionen der DDR und letzten Endes durch Rechtsbeugung weil der Einigungsvertrag in seiner Formulierung, *wie* die Gelehrtensozietät weiterzuführen ist, nicht eingehalten wurde. Der Versuch von Präsident, Vizepräsident dem geschäftsführenden Präsidium oder den anderen Gremien wurde von der Mehrheit des Plenums mitgetragen, wobei der Vorschlag des Präsidenten und Vizepräsidenten an die Mitglieder neben dem Kompromißweg andere Wege zu gehen, die letzten Endes auch der maximalistischen Forderung von Mitgliedern entsprochen hätten, die Gelehrtensozietät voll zu erhalten, wurde leider, zu den Gründen gehört sicher auch die Hoffnung, das Präsidium werde alles regeln, nicht aufgegriffen.“ (Hörz 1996)

Ein anderer Weg war die Organisation eines privatrechtlichen Vereins zur Fortführung der Arbeit. Das erhielt den Mitgliedern ihre wissenschaftliche Heimat und setzte die akademische Tradition fort. Wie aus meinen Aufzeichnungen hervorgeht, hatte ich dazu ein Gespräch mit Prof. Dr. Helmut Heinz am 14.04.1992, einem Historiker, der nun mit einer ABM im Club Spittelkonnaden tätig war und sich mit Seniorenweiterbildung befasste. Ich machte ihm den Vorschlag, nach dem Leibniztag 1992 im September mit einem Vortrag von Rolf Löther die akademische Arbeit als „Freunde und Mitglieder der

Leibniz-Akademie“ im Club weiter zu führen und dazu einen gemeinsamen Brief im Juli an die Interessenten zu schicken, der die weiteren Sitzungstermine bis Dezember enthielt. Das geschah. (Klinkmann, Wöltge, 105) Im Protokoll des Geschäftsführenden Präsidiums über die Sitzung am 26. Juni 1992 heißt es dann: „Abschließend informierte Vizepräsident Hörz über die Konstituierung des Vereins der Freunde und Mitglieder der Leibniz-Akademie, der seine Tätigkeit ab September 1992 aufnimmt.“ (Klinkmann, Wöltge, 85)

Mit interessanten Vorträgen und Diskussionen setzten die „Freunde und Mitglieder der Leibniz-Akademie“ die akademische Arbeit fort. Wir bildeten eine Initiativgruppe, um einen eingetragenen Verein als Fortsetzung der Leibniz-Akademie zu konstituieren. Horst Klinkmann hatte seine Rechte als Präsident an Friedrich Jung übertragen. Ich amtierte bis zum Januar 1993 als Leiter der Veranstaltungen und bat dann, wegen notwendiger Archivbesuche für meine Helmholtz-Editionen in der BBAW, um Entlastung von meiner Funktion als Vizepräsident, denn offiziell abberufen wurde ich nicht. (Hörz 2005, 499ff.) So konnte 1993 dann die Leibniz-Sozietät als legitime Fortsetzerin der Leibniz-Akademie ins Vereinsregister eingetragen werden. Der international anerkannte Biochemiker Samuel Mitja Rapoport wurde zum Präsidenten gewählt. In seiner Rede auf dem Leibniztag 1994 betonte er die fast 300jährige ehrwürdige Tradition, die „in den Wirren von ‚Wende‘ und ‚Nachwende‘ fast unterzugehen drohte. Wir glauben Anzeichen dafür zu spüren, daß die Sicht auf Vergangenheit, Tradition und Erbe allmählich – vielleicht zu allmählich – wieder sachlicher, toleranter und vernünftiger wird.“ (Rapoport, 119) Präsident Rapoport leistete mit seinen Mitstreitern, darunter Vizepräsident Ernst Engelberg, Schatzmeister Wolfgang Eichhorn und die Klassensekretäre Karl Lanius und Johannes Irmischer, eine umfangreiche Arbeit, um die Reputation der Leibniz-Sozietät zu erhöhen. Nach dem gesundheitlich bedingten Rücktritt als Präsident 1998 stand er dem Präsidium als Ehrenpräsident bis zu seinem Tod 2004 stets mit Rat und Tat zur Seite. Bis zum Akademiejubiläum im Jahr 2000, damit endet die von mir zu betrachtende Zeit, leistete die Leibniz-Sozietät eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit, setzte den begonnenen Reformprozess fort und erhöhte ihre wissenschaftliche Reputation durch die Zuwahl hervorragender Gelehrter aus dem In- und Ausland. (Selbstdarstellung)

Die Leibniz-Sozietät beschäftigte sich weiter mit dem Rechtsbruch, der ihr den öffentlich-rechtlichen Status nahm. In einem Gutachten zu dieser Frage, das der wissenschaftliche Parlamentsdienst des Berliner Abgeordnetenhauses am 18. Juli 2002 vorlegte, werden die schon genannten zwei Punkte

vermengt, um das damalige rechtswidrige Vorgehen zu rechtfertigen. Das Präsidium erarbeitete dazu eine Stellungnahme, die am 18.12.2002 dem Staatssekretär für Wissenschaft Dr. Peer Pasternack übergeben wurde, wozu es im Brief des Präsidenten heißt: „Da wir davon überzeugt sind, dass die würdigen Worte, die Sie für die Arbeit der Leibniz-Sozietät auf unserem Leibniztag 2002 fanden, weiterhin Grundlage Ihres Handelns sein werden, bitten wir Sie, die beiliegende Stellungnahme des Präsidiums zur Kenntnis zu nehmen und denen zur Verfügung zu stellen, die Interesse an einer sachgerechten Information über die Entwicklung der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR nach 1991 haben.

Es ist politisch, moralisch und rechtlich bedenklich, wenn eine Ausarbeitung zur Forderung des Einigungsvertrags, eine landesrechtliche Regelung zu finden, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften der DDR weiterzuführen sei, auf die existierende Sozietät überhaupt nicht eingeht. Wir sind niemals aufgelöst worden. Der Einigungsvertrag wurde zwar in einem seiner wesentlichen Punkte zur Akademie der Wissenschaften der DDR, dem Fortführungsgebot der Gelehrtensozietät, gebrochen, doch diese hat ihre Arbeit weitergeführt und Berlin vor einem Kontinuitätsbruch der akademischen Arbeit bewahrt. Wir weisen deshalb jeden Hinweis auf eine Auflösung der Gelehrtensozietät entschieden zurück, da sie den Gegebenheiten nicht entspricht.

Der Einigungsvertrag enthält verschiedene Bestimmungen, deren Zusammenhang nicht ignoriert werden darf. Neben dem Weiterführungsgebot ist vor allem auf Artikel 41 zu verweisen, der eine Rücknahme von Entscheidungen der Vier Mächte ausschließt. Die Deutsche Akademie der Wissenschaften ist durch einen SMAD-Befehl, in Absprache mit den anderen Mächten, in der Nachfolge der Preußischen Akademie, wiedergegründet worden. Ihr wurden Vermögenswerte der Preußischen Akademie zugeordnet.“ (Pasternack1)

In der Stellungnahme des Präsidiums wird betont, der Gutachter habe „sich offenkundig auf die Absicht beschränkt, das Vorgehen der damaligen Berliner Regierung durch das Beibringen geeigneter juristischer Texte zu rechtfertigen.“ Weiter heißt es: „Ein unabhängiger Gutachter hätte sich intensiv damit auseinandergesetzt, ob die innere Logik aller Bestimmungen des Einigungsvertrages in bezug auf die Akademie der Wissenschaften der DDR, insbesondere der Bestimmungen in der Anlage II, Kapitel XV, Nr. 1 und des Artikel 38, bei den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses von West-Berlin vom 26. 10. 1990 und der Stadtverordnetenversammlung von Ost-Berlin vom

31. 10. 1990 und im Gesetz über die Neukonstituierung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vom 27. 05. 1992 gebührend beachtet wurde. Wir verweisen lediglich auf folgenden Fakt: Im ‚Gutachten‘ des Parlamentsdienstes wird zwar davon gesprochen, dass die Gelehrtensozietät der AdW der DDR als Körperschaft des öffentlichen Rechts aufgelöst wurde, jedoch die Auslegung dieser Bestimmung in der Anlage durch den Parlamentsdienst, dass damit automatisch auch die Gelehrtensozietät als Vereinigung natürlicher Personen aufgelöst sei, ist zurückzuweisen. Bei dieser Auslegung hätte der Satz 2 im Artikel 38 mit dem Gebot, dass ‚landesrechtlich zu entscheiden ist, wie die Gelehrtensozietät der AdW der DDR weiterzuführen ist‘ keinen Sinn.“ (Stellungnahme)

Was sind nun die Ergebnisse des Reformprozesses aus der Sicht der Leibniz-Sozietät als der legitimen Fortsetzerin der 1700 begründeten Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts? Man könnte kurz mit einem Satz des Altpräsidenten einer westdeutschen Wissenschaftsakademie antworten, der aufmerksam die Aktivitäten der Leibniz-Sozietät verfolgt und oft Gast bei ihr war: „Eine der ältesten Wissenschaftsakademien ist zugleich die flexibelste, die interdisziplinär auf neue Herausforderungen reagiert.“ Doch gehen wir etwas ausführlicher darauf ein.

Ergebnisse des Reformprozesses

Akademiereformen in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts in Deutschland durchzuführen war nicht leicht. Einerseits gerieten die öffentlich-rechtlichen Wissenschaftsakademien immer mehr in den Geruch verstaubter und nicht zeitgemäßer Einrichtungen. Die Spezialisierung dominierte über die Interdisziplinarität. Falsch verstandene Nutzensforderungen ließen die Initiativefunktion von Akademien für neue Problemfelder unwichtig erscheinen. Das von Bund und Ländern finanzierte Akademienprogramm sollte auf geisteswissenschaftliche Vorhaben konzentriert werden. Bis auf die BBAW galt für die Mitgliedschaft das föderale Prinzip. Die Leibniz-Sozietät entwickelte viele Aktivitäten, um dem Anspruch als Wissenschaftsakademie gerecht zu werden.

Auf dem Leibniztag 2001 wird im Bericht auf die Vorzüge der Sozietät verwiesen, die auf den wesentlichen Ergebnissen des zehnjährigen Reformprozesses aufbauen: Sie „bestehen in der Unabhängigkeit von staatlichen Einflüssen, in der vorurteilsfreien unbestechlichen Meinungsbildung zu aktuellen Fragen der Wissenschaft, in der internationalen und interdisziplinären Zusammensetzung und in der Pluralität von Weltauffassungen unserer Mitglieder, die sich nur den Rationalitätskriterien der Wissenschaft verpflichtet fühlen.

Wir vertreten keine partikularen Landesinteressen, versuchen die Scheuklappen bornierter Fachidiotie abzulegen, wenden uns mit Argumenten gegen antiwissenschaftliche und wissenschaftsfremde Auffassungen in der geistig-kulturellen Auseinandersetzung und versuchen, die Vielfalt der Auffassungen für kreative Lösungen anstehender Probleme zu nutzen.“ (Bericht 2001, 8)

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Reform wird im Bericht an den Leibniztag 2002 genannt: „Wir haben, durch unsere Zusammensetzung, durch die konstruktiven Debatten um die Probleme in Ost und West, bisher schon viel für die Herstellung der inneren Einheit Deutschlands getan. Wir können das umso mehr, als unsere Sozietät die Erfahrungen deutscher Entwicklung und akademischen Lebens in Ost und West vereinigt, was sie dazu verpflichtet, sorgfältig Geschichte, Wissenschaftsentwicklung und mögliche Perspektiven zu analysieren, um neue Problemlösungen zu ringen und brauchbare Vorschläge zu unterbreiten. Wir sind keine Einheitsgewinner, die auf dem östlichen Auge blind sind, keine resignierenden Verlierer, die nostalgisch Vergangenen nachtrauern.“ (Bericht 2002, 14f.) Die Reform schuf die Voraussetzungen, um sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Viele Anläufe wurden unternommen, um finanzielle Unterstützung vom Senat zu erhalten. Das gelang erst mit Senator Dr. Flierl, der gegen politische Angriffe eine Förderung von Projekten, beginnend mit 2004 durchsetzte. Grundlage dafür war ebenfalls die durchgeführte Reform. In einem Brief an ihn drückte das Präsidium bei seinem Amtsantritt die Erwartung auf politische und finanzielle Unterstützung aus. Dort heißt es: „Viele unserer Mitglieder haben große Hoffnungen, dass mit dem neuen Senat die Potenzen Berlins als einer Stadt der Wissenschaft und Kultur besser genutzt und auch die Leistungen und Möglichkeiten unserer Sozietät berücksichtigt werden. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg, eine glückliche Hand bei der Lösung komplizierter Probleme und versichern, dass wir zur Unterstützung der Arbeit bereit sind.“ (Flierl)

Auf Arbeitsergebnisse verweist der Brief vom 16.04.02 an den Staatssekretär für Wissenschaft im Berliner Senat Dr. Pasternack, der auf den Bruch des Einigungsvertrags und die Weiterführung der Arbeit in der Leibniz-Sozietät eingeht, die sich „mit einem umfangreichen akademisch-wissenschaftlichen Programm, mit Stellungnahmen und Publikationen am geistig-kulturellen Leben Berlins und Deutschlands beteiligt. Genannt seien nur die Stellungnahmen zur Sprachreform und zum Bildungsforum, Kolloquien zu natur-, technik-, geistes- und sozialwissenschaftlich wichtigen Themen, auch mit Kooperationspartnern, Forschungsprojekte zur Akademieggeschichte, zum Jahrhundert des Kindes, zur Allgemeinen Technologie und zu anderen Fragen der

Wissenschaftsentwicklung. Unsere Akademie ist so eine feste Größe in der Wissenschaftslandschaft Berlins, die viel zur Herausbildung der inneren Einheit Deutschlands beiträgt. Ihre Veranstaltungen sind öffentlich und ziehen einen festen Stamm von Gästen an.“ Neben anderen Problemen wird als dringlich benannt: „Wir brauchen eine Geschäftsstelle mit wenigstens einem hauptamtlichen Mitarbeiter, der zugleich die Handbibliothek betreut, die sich aus den Exemplaren zusammensetzt, die Mitglieder der Sozietät überreichen. Ein Archiv der Sozietät wäre einzurichten, um Protokolle, Akten und die Korrespondenz mit Personen und Einrichtungen nicht verloren gehen zu lassen. Das schriftliche Material der Sozietät ist aus wissenschaftshistorischen Gründen sehr interessant. Man nahm uns Vermögen und Einrichtungen, wurde uns dadurch jedoch nicht los, denn wir arbeiten und entwickeln uns weiter. Diese Geschichte ist für spätere Generationen wichtig.“ (Pasternack2)

Die Geschichte unserer Sozietät von 1990 bis 2000 beschäftigte und verfolgte uns, vor allem, wenn es um Unterstützung ging, die uns von bestimmten politischen Kreisen nicht gewährt werden sollte. Eine Frage bleibt weiter offen, die im Brief an den Staatssekretär formuliert wurde: „Noch steht eine vom Einigungsvertrag Art. 38 (2) geforderte landesrechtliche Regelung aus, wie die Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften weitergeführt werden soll. Wir haben als Leibniz-Sozietät weiter gearbeitet, anstehende Reformen verwirklicht und hoffen auf die Anerkennung und Unterstützung unserer Arbeit durch den Senat. ... Es wäre zu überprüfen, ob die Stiftung der Freunde der Leibniz-Sozietät eventuell über Stiftungen der AdW der DDR mit verfügen könnte. Berlin kann sehr gut zwei Akademien brauchen, die öffentlich-rechtliche BBAW und die privatrechtlich organisierte Leibniz-Sozietät, die das wissenschaftlich-kulturelle Leben in Berlin befördern und dabei zusammenarbeiten.“ (Pasternack2)

Die Unterstützung wurde für 2004 und 2005 gewährt und an Projekte gebunden. Die anderen Probleme bleiben, auch wenn wir durch unser förderndes Mitglied Heinz Klötzner einen Sitzungsraum für das Präsidium und manche Beratungen von Arbeitskreisen haben. Reformen sind wichtig. Doch die Rahmenbedingungen für die Arbeit ebenfalls. Das betrifft nun schon das 21. Jahrhundert und ist nicht Thema meines Beitrags.

Fazit

Als Ergebnis der Überlegungen ist festzuhalten:

1. Die Leibniz-Sozietät hat den 1990 geforderten und begonnenen Reformprozess für die Wissenschaftsakademie durchgeführt. Er führte von der

Staatsakademie der DDR zu einer Gelehrtenvereinigung, die sich, der Wissenschaft verpflichtet, interdisziplinär zusammensetzt, keinen staatlichen Eingriffen unterliegt, pluralistisch orientiert ist und Brücken zwischen Ost und West, zwischen Theorie und Praxis und zwischen den zwei Kulturen, der mathematisch-naturwissenschaftlichen einerseits und der sozial- und geisteswissenschaftlichen Arbeits- und Denkweise andererseits schlägt. Sie erfüllt wichtige Aufgaben einer Akademie, zu denen die Erkenntnis-, Initiativ-, Bildungs- und Beratungsfunktion gehören, denen sie mit ihren Mitteln und Möglichkeiten gerecht wird.

2. Wir verurteilen den Rechtsbruch durch den Berliner Senat, der das Fortführungsgebot der Gelehrtensozietät im Einigungsvertrag missachtete und ihr den öffentlich-rechtlichen Status nahm. Die Leibniz-Sozietät wird als Nachfolgerin der AdW der DDR weiter darauf drängen, ihr Eigentum, darunter Räume und Vermögen, die 1946 nach Mainz verbrachten Insignien, die Verfügung über Stiftungen, wieder zu erhalten. Wir freuen uns über die inzwischen erfolgten Würdigungen der Leistungen der Leibniz-Sozietät durch den Senat und die Zuweisung von Fördermitteln.
3. Der Blick ist nach vorn gerichtet. Die Leibniz-Sozietät stellt sich den Herausforderungen an eine Wissenschaftsakademie im 21. Jahrhunderts. Sie ist der Erkenntnissuche und der Humanität verpflichtet. Die zu behandelnden Themen reichen von der allgemeinen Technologie bis zur Frage, ob wir den Bildungsanforderungen des 21. Jahrhunderts genügen, von Grundsatproblemen aller Wissenschaftsdisziplinen bis zur geforderten Verbindung von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Wirtschaft, wie sie im zweiten Teil des Kolloquiums zu Ehren unseres Jubilars unter dem Thema „Künstliche Organe, moderne Medizintechnik und eine alternde Gesellschaft“ gezeigt wird. Die Diskussion um die zukünftige sichere Versorgung mit Energie ist weiter zu führen und die Überlegungen zu einer Weltkultur auszubauen. Jedes Mitglied der Sozietät kann, aus seiner Sicht, mit seinen Erkenntnissen, zu aktuellen Themen, von den Nanosciences bis zur effektiven Nutzung natürlicher Ressourcen, von der Ethik bis zum Völkerrecht, von der Bewertung historischer Ereignisse über aktuelle Fragen der Wissenschaft bis zur Lösung globaler Probleme beitragen.
4. Die Reformbewegung der AdW und ihre Folgen sind Teil unseres Projekts „Akademien im Umbruch“, mit dem wir vor allem zu einer Einschätzung der Umgestaltung von Wissenschaftsakademien in den ehemaligen sozialistischen Ländern in ihren positiven und negativen Seiten beitragen wollen. Doch eins ist klar, der Wald von Legenden wird sich erst lichten,

wenn einzelne Bäume und Areale, also bestimmte Akademien, sorgfältig analysiert werden, wozu Dokumente und Aussagen von Zeitzeugen gehören. Einen Beitrag wollte ich dazu aus meiner Sicht und meinen Erfahrungen für die AdW leisten.

Literatur

- Alexander, Karl, Brief an Senator Manfred Ehrhardt vom 07.08.1992
- Bericht 2001, Interdisziplinarität: Vorzug einer Wissenschaftsakademie – Bericht des Präsidenten zum Leibniztag 2001. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Berlin, Jg. 2001, Bd. 47, H. 4, S. 5–20
- Bericht 2002, Traditionspflege und neue Herausforderungen. Bericht des Präsidenten zum Leibniztag 2002. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Berlin, Jg. 2002, Bd. 54, H. 3, S. 13–26.
- Bericht 2004, Wissensverwalter oder Erkenntnisgestalter? In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät
- Erhardt, Manfred, Hickhack um Akademie, Interview in der Wochenpost Nr. 48 vom 16.11.1992, S. 36
- Flierl, Thomas, Brief des Präsidenten der Leibniz-Sozietät an Senator Dr. Flierl vom 18.01.2002
- Jahrbuch (1994) Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR (KAI-AdW), Berlin, Akademie Verlag
- Grote, Claus, Brief an Senator Manfred Ehrhardt vom 27.08.1992
- Hörz, Herbert (1990), Brief an Stadtrat Ottmar Kny vom 18.6.1990
- Hörz, Herbert (1996), Interview mit Herbert Wöltge vom 16.11.1996 zu Thesen zum Plenum, 20 Seiten (Manuskript beim Verfasser)
- Hörz, Herbert (1997), Brückenschlag zwischen zwei Kulturen. Helmholtz in der Korrespondenz mit Geisteswissenschaftlern und Künstlern, Marburg, Basilisken-Pressse
- Hörz, Herbert (2005), Lebenswenden. Vom Werden und Wirken eines Philosophen vor, in und nach der DDR, Berlin, trafo-Verlag
- Klinkmann, Horst, Wöltge; Herbert (Hrsg.) (1999), 1992 – Das verdrängte Jahr. Dokumente und Kommentare zur Geschichte der Gelehrtensozietät der Akademie der Wissenschaften für das Jahr 1992. trafo verlag Berlin. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät, Bd. 2
- Knepler, Georg, Brief vom 1.8.1990 an die Redaktion „Der Spiegel“. (Kopie beim Autor)
- Pasternack1, Brief des Präsidenten der Leibniz-Sozietät an Staatssekretär Dr. Peer Pasternack vom 18.12.2002

- Pasternack2, Brief des Präsidenten der Leibniz-Sozietät an Staatssekretär Dr. Peer Pasternack vom 16.04.2002
- Kny, Ottmar, Brief des Stadtrats für Wissenschaft und Forschung des Magistrats Dr. Ky an den Vizepräsidenten H. Hörz vom 5.6.1990
- Mittelstraß, Jürgen, Interview in Leibniz-Intern, Nr. 12 vom 30.4.2002
- Poppe, Eberhard, Brief an Vizepräsident H. Hörz vom 2. Mai 1991
- Rapoport, Samuel Mitja, Rede zum Leibniz-Tag am 30. Juni 1994, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 2, Jg. 1995, Heft 1/2, S. 119–124
- Schuller, Antwortbrief der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung an Claus Grote vom 17.09.1992
- Scheler, Werner (2000), Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Abriß zur Genese und Transformation der Akademie, Berlin: Karl Dietz Verlag
- Selbstdarstellung (2004), Geschichte, Leistungen, Perspektiven einer Wissenschaftsakademie sui generis, Leibniz-Sozietät e.V. Berlin
- Stellungnahme des Präsidiums der Leibniz-Sozietät e. V. vom 18.12.2002 zum „Gutachten zur Regelung des Artikel 38, Abs. 2, Satz 2 des Einigungsvertrages über die Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)“
- Zimmer, Dieter E., Unabhängige Köpfe, in: Die Zeit Nr. 23 vom 29. Mai 1992, S. 23